

Investitions- und Innovationsoffensive 2025



Krisen hemmen Investitionen

Viele Einzelhandelsunternehmen sind aktuell nicht in der Lage, notwendige Zukunftsinvestitionen, etwa in die digitale Transformation, den Klimaschutz oder ihre Standorte aus eigener Kraft zu stemmen. Grund hierfür sind die Auswirkungen der Coronapandemie. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie und die monatelange Schließung weite Teile des Nonfood-Einzelhandels oder Zugangsbeschränkungen treffen die betroffenen Unternehmen bis heute hart.

Wenngleich sich die Händler der Investitionsnotwendigkeiten bewusst sind, lässt die wirtschaftliche Situation vielfach keinen Spielraum, um in die Zukunftsfähigkeit des Geschäfts zu investieren.

Die Rahmenbedingungen haben sich zudem durch die Folgen des schrecklichen Krieges in der Ukraine und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Energiepreise und Beschaffungsmärkte weiter verschlechtert.

Damit vor allem der mittelständische Einzelhandel und damit hunderttausende von gesunden und gut geführten Unternehmen in Folge der Krise nicht unverschuldet den Anschluss verlieren, braucht es eine breit angelegte Investitionsoffensive.



HDE-Investitionsumfrage

Nonfoodhandel 2022

Investitionshilfen sind wichtige Voraussetzung für höheres Engagement. Besonders gefragt sind Digitalisierungshilfen (49 Prozent) und finanzielle Zuschüsse für Geschäftsausstattung und Prozesse (46 Prozent). Wichtig halten die Unternehmen auch Investitionen in die städtische Infrastruktur (39 Prozent) und zur Förderung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit (30 Prozent). Ein besonders hoher Bedarf wird auch im Bereich Digitalisierung, Geschäftsausstattung und Marketing gesehen.

38%

planen in diesem Jahr keine Investitionen, Zurückhaltung vor allem bei kleinen Unternehmen.

8%

zu 2019 steigern investierende Unternehmen ihr Investitionsvolumen.

90%

der befragten Unternehmen investieren in diesem Jahr weniger als 250.000 Euro, im Durchschnitt 45.000 Euro, rund ein Drittel weniger als 10.000 Euro.

83%

der Unternehmen halten Zukunftsinvestitionen in der aktuellen Corona-Krise für wichtig.

49%

investieren derzeit nur in das Kerngeschäft, nicht aber in den Klimaschutz.

49%

der Unternehmen sind der Auffassung, dass die vorhandenen Programme zur Stärkung privater Investitionen nicht ausreichen.

72%

der befragten Handelsunternehmen sind der Meinung, es wird zu wenig zur Stärkung der Innenstädte getan.

Quelle: HDE-Investitionsumfrage 2022, Januar/Februar 2022, n=837



Krisen hemmen Investitionen

43 Prozent der Unternehmen im Nonfoodhandel können krisenbedingt nicht investieren, 49 Prozent investieren derzeit nur in das Kerngeschäft, nicht aber in den Klimaschutz.

Angaben in Prozent

■ stimme voll und ganz zu ■ stimme eher zu ■ weder noch ■ stimme nicht zu ■ stimme überhaupt nicht zu

Gerade in der Corona-Krise sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens wichtig.



Aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise kann ich notwendige Investitionen nicht tätigen.



Aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise kann ich nur ins Kerngeschäft investieren, nicht aber in den Klimaschutz.



Schwache Investitionsneigung

38 Prozent planen in diesem Jahr keine Investitionen, Zurückhaltung vor allem bei kleinen Unternehmen, aber: Unternehmen, die investieren, steigern ihr Volumen um acht Prozent zu 2019.

Haben Sie in diesem Jahr bereits Investitionen in Ihrem Unternehmen getätigt?

Angaben in Prozent

■ ja ■ nein, aber geplant ■ nein, auch nicht geplant

Weniger als 250.000 Euro



250.000 Euro bis unter 500.000 Euro



500.000 Euro bis unter 2 Mio. Euro



2 Mio. Euro bis unter 5 Mio. Euro Umsatz



5 Mio. Euro Umsatz und mehr

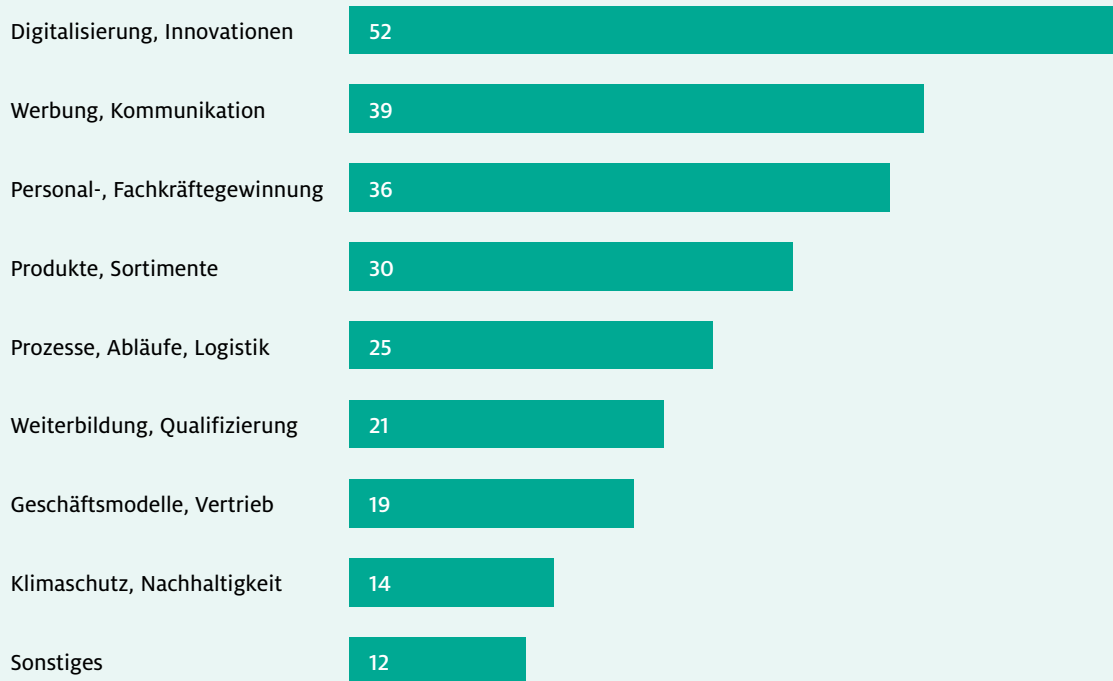


Investitionsbedarfe

Digitalisierung, Kundenkommunikation und Fachkräfte mit höchster Priorität

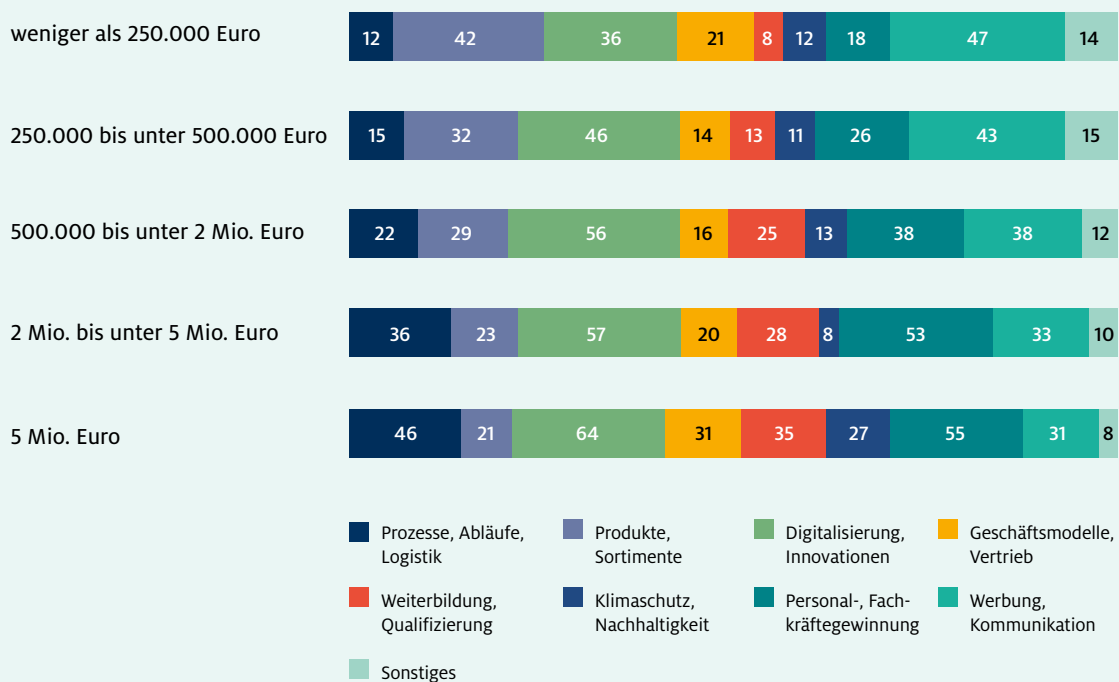
In welchen Bereichen sehen Sie aktuell den größten Investitionsbedarf in Ihrem Unternehmen?

Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



Investitionsbedarfe nach Umsatzklassen

Angaben in Prozent



Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik

Der Staat sollte mehr in den **Erhalt und die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur** investieren. Vor jedem Ausbau muss aber eine gründliche Analyse stehen, welche Infrastruktur in welchen Regionen in 20 Jahren tatsächlich gebraucht wird. Der Schwerpunkt der Investitionen sollte auf dem Erhalt der Infrastruktur und der Erweiterung der Kapazitäten durch den Einsatz moderner Technologien liegen. Ein möglichst flächendeckender Ausbau der Breitbandnetze bietet eine wichtige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im digitalen Zeitalter. Zudem kann hier die Politik Maßstäbe setzen: mit der Bereitstellung von breitflächigem und schnellem WLAN, einer Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und mit Richtlinien zur Interoperabilität von Software (Standard APIs, Standardformate, Open Source).

Der Staat sollte eine **wachstums- und klimafreundliche Wirtschaftspolitik** betreiben. Dadurch kann er mittelfristig das Potenzialwachstum steigern und private Investitionen indirekt fördern. Die erste Voraussetzung für die Förderung von Investitionen ist, dass die Politik konsistent und verlässlich handelt.

Der Staat sollte daneben **gezielt private Investitionen fördern**, dies aber mit möglichst breit wirkenden Maßnahmen. Maßnahmenpakete aus Steuervergünstigungen, Abschreibungen oder Zuschüssen stärken lokalen Handel sowie den aufstrebenden Technologiestandort Deutschland und ermöglichen Investitionen in Innovationen und digitale Grundausstattung wie Kassensysteme, Warenwirtschaftssysteme und Systeme zur Abbildung lokaler und stationärer Verfügbarkeit von Waren.



Investitionen gezielt stärken

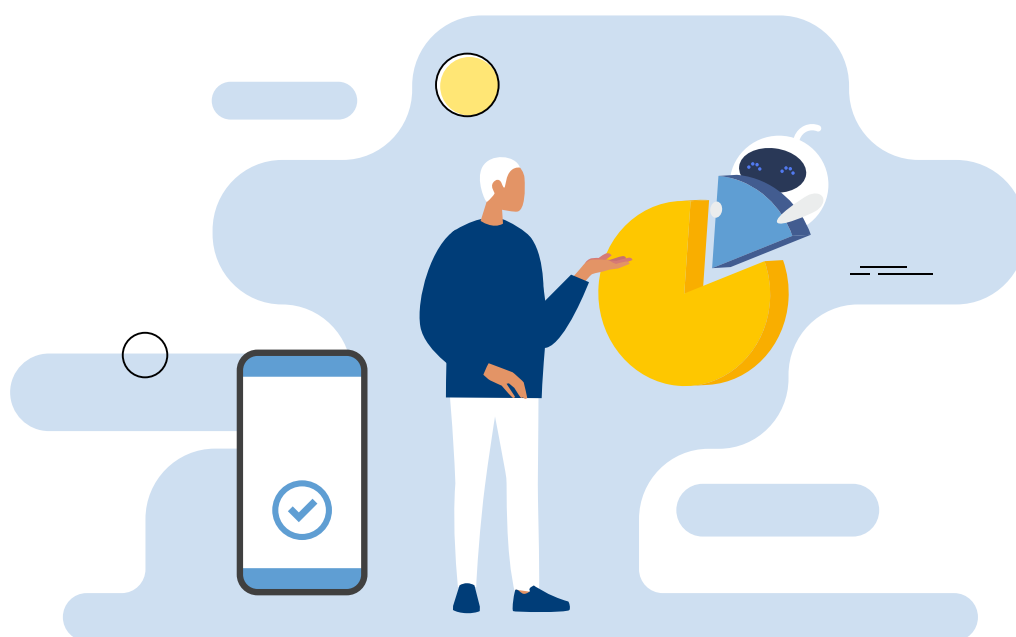
Investitionen in Digitalisierung

Die Bundesregierung legt einen **Digitalisierungsfonds** für den Einzelhandel in Höhe von 100 Millionen Euro auf. Damit soll insbesondere der inhabergeführte Einzelhandel bei Zukunftsinvestitionen in die Digitalisierung unterstützt werden. Nach zwei Jahren Corona sind die Rücklagen der Betriebe vielfach aufgebraucht. Um in der Lage zu sein, in die Zukunft zu investieren, bedarf es einer Investitionsförderung auf der Ebene von Bund und Ländern. Bestehende Förderprojekte reichen hier nicht aus. Dabei soll es um einen dreistufigen Prozess gehen.

In einer ersten Stufe wird das bereits bestehende *Mittelstand 4.0 – Kompetenzzentrum Handel*, das der HDE im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums als Konsortialführer leitet, weiterhin flächendeckend über die Chancen der Digitalisierung im Einzelhandel informieren. Mit Veranstaltungen, Webinaren und einem Digital-Mobil arbeitet das **Kompetenzzentrum** seit über zwei Jahren daran, den Handelsunternehmen die digitalen Möglichkeiten aufzuzeigen.

In einer zweiten Stufe stehen Berater zur Verfügung, die in den individuellen Einzelfällen geeignete und wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen zur Digitalisierung identifizieren. Dass dieser Ansatz erfolgreich ist, zeigen die **Digitalisierungscoaches**, wie sie in NRW bereits in die Praxis umgesetzt wurden. Auch das könnte unter dem Dach des bewährten Kompetenzzentrums stattfinden.

In einer dritten Stufe wird über Förderanträge die **Finanzierung entsprechender Digitalisierungsmaßnahmen** ermöglicht werden. Darüber hinaus muss es einen stetigen, offenen und konstruktiven Austausch zwischen Händlern, Tech-Unternehmen, Start-ups, Verbänden, Politik und Verwaltung geben, um lösungsorientiert die Problemlage zu analysieren.

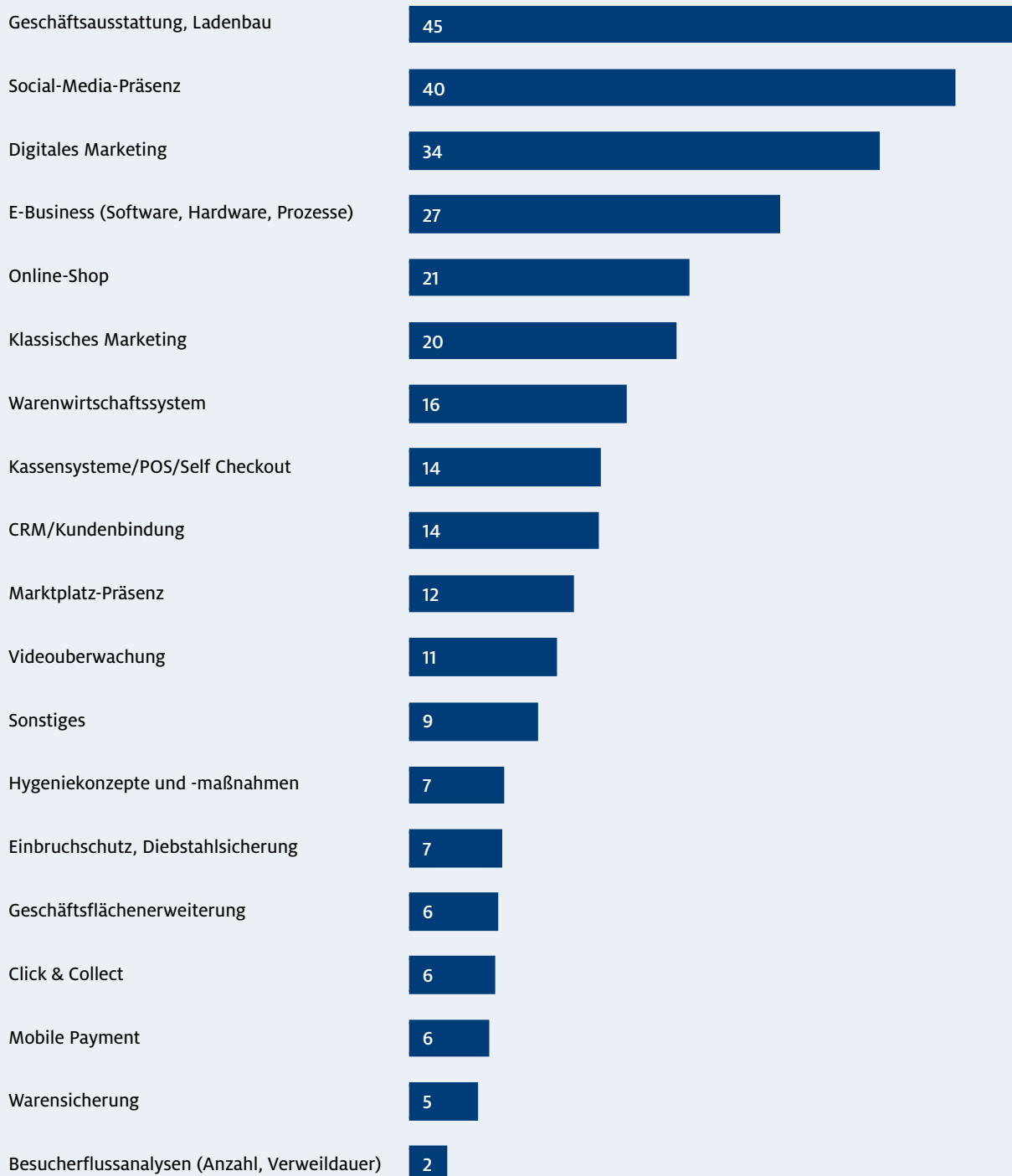


Investitionsschwerpunkte

Geschäftsausstattung, Social Media und Marketing weit vorne

In welchen konkreten Bereichen planen Sie in diesem Jahr Investitionen oder haben diese bereits getätigt?

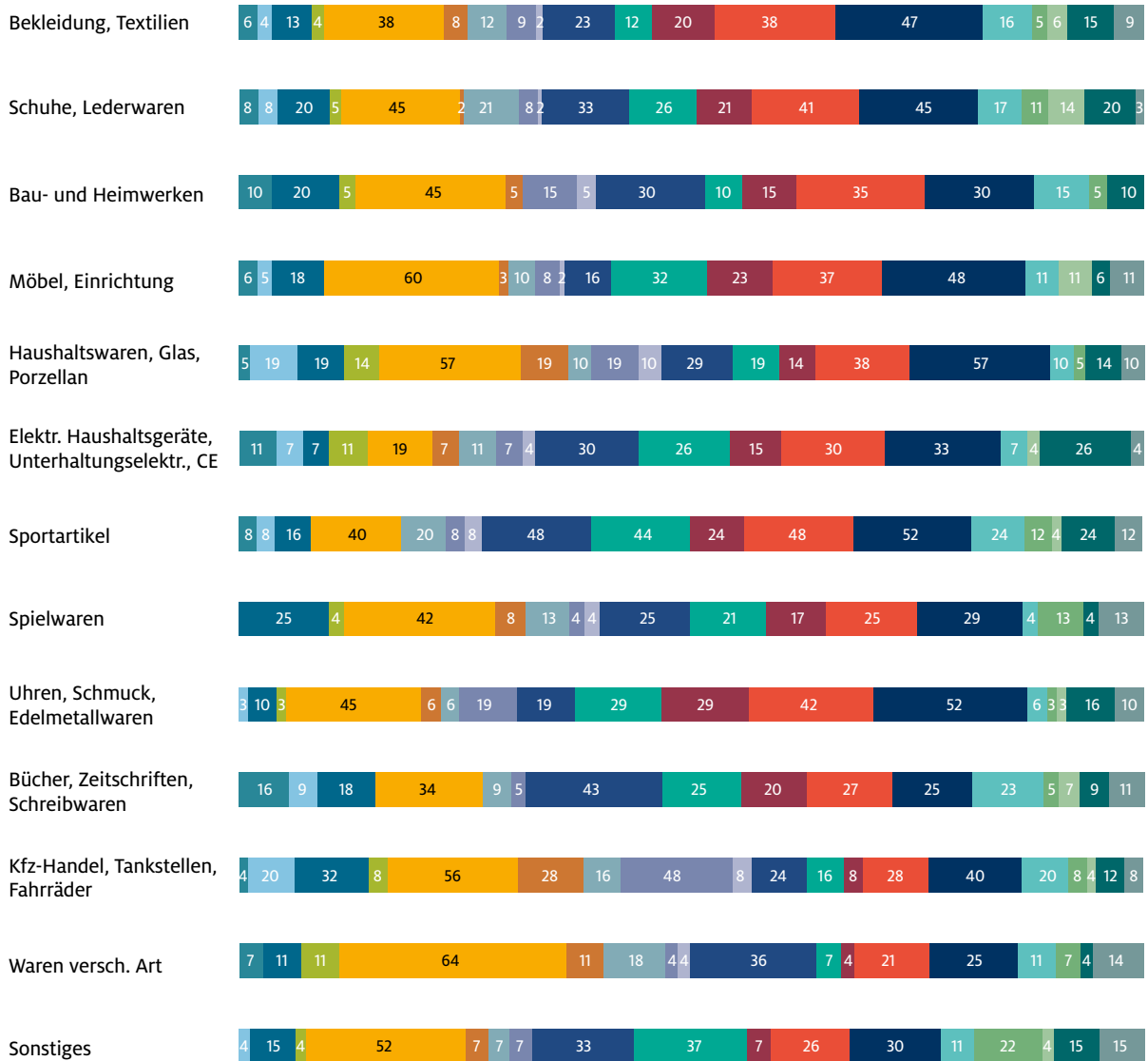
Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



Investitionsschwerpunkte nach Branchen

In welchen konkreten Bereichen planen Sie in diesem Jahr Investitionen oder haben diese bereits getätigt?

Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



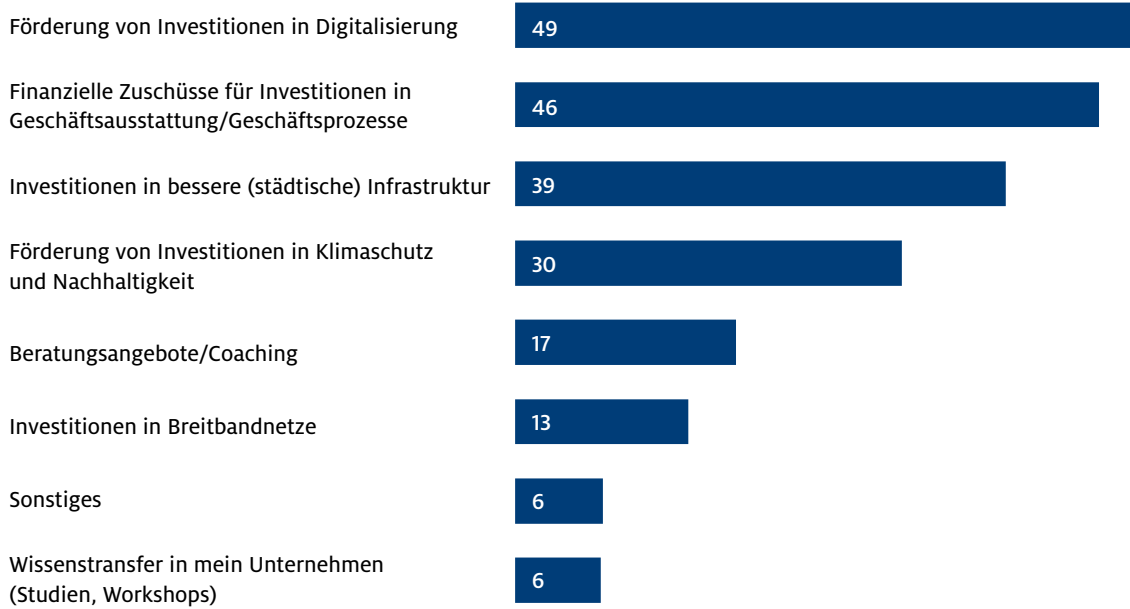
- Click & Collect
- E-Business (Software, Hardware, Prozesse, etc.)
- Mobile Payment
- Klassisches Marketing
- Warenwirtschaftssystem
- Digitales Marketing
- Warensicherung
- Social-Media-Präsenz
- Geschäftsausstattung, Ladenbau
- Kassensysteme/POS/Self Checkout
- Einbruchschutz, Diebstahlsicherung
- Geschäftsflächenerweiterung
- Marktplatz-Präsenz
- Hygienekonzepte und Maßnahmen
- Videoüberwachung
- CRM/Kundenbindung
- Besucherflussanalysen (z. B. Anzahl, Verweildauer)
- Sonstiges
- Online-Shop

Investitionshilfen

Unterstützung wichtige Voraussetzung für höheres Engagement

Welche Investitionshilfen benötigen Sie am dringendsten, bzw. sind für Sie am wichtigsten?

Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



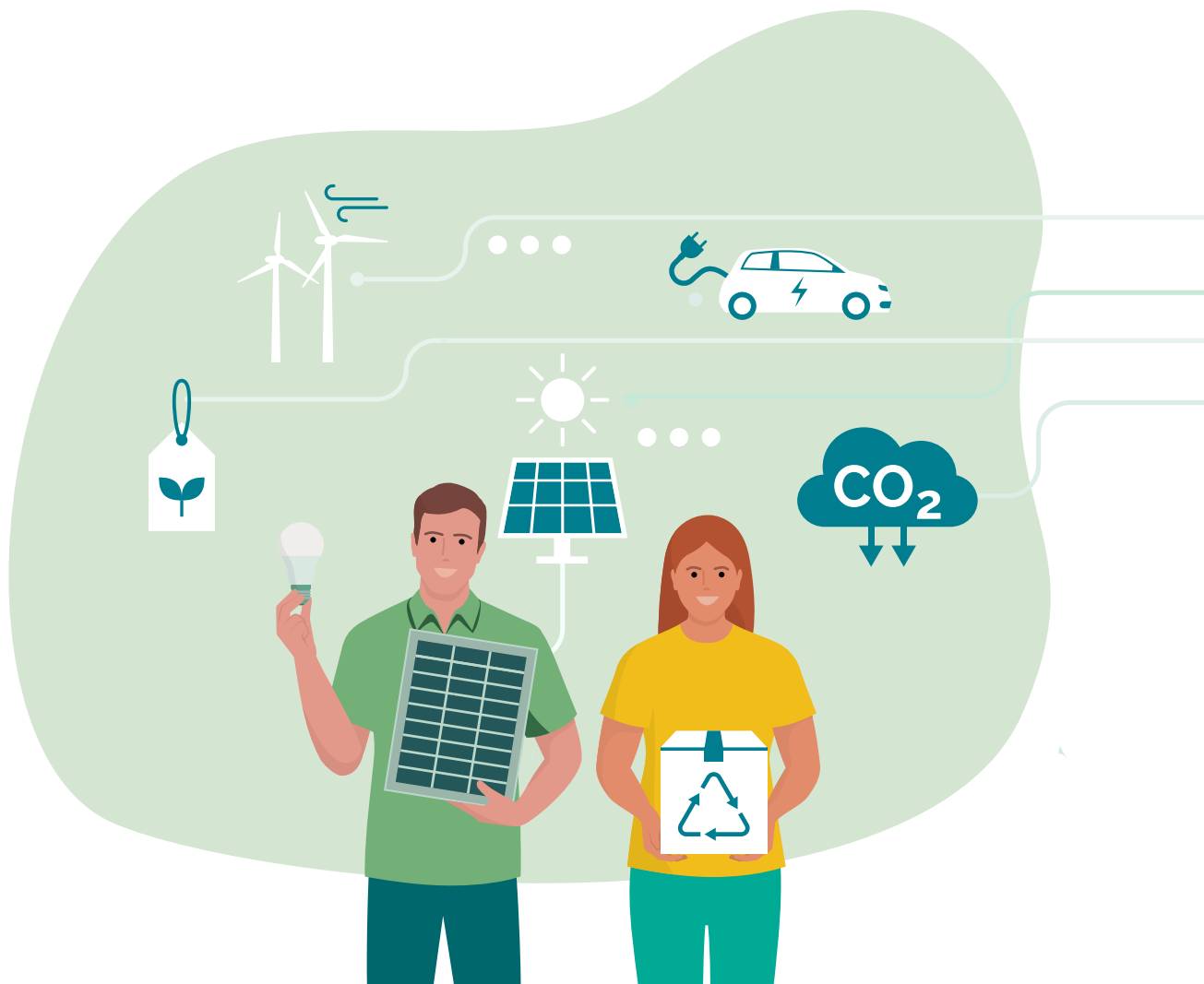
Investitionen in Klimaschutz

Das Ziel der Bundesregierung die Klimaneutralität 2045 bereits zu erreichen, bedeutet, dass der Handel insbesondere seine Verkaufsstellen sanieren muss. Daher müssen Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen und den Ausbau erneuerbarer Energien ausgelöst werden. Dafür sollte insbesondere die Abschreibung von Effizienzmaßnahmen, wie Klimatisierung, Kühlung, Licht usw. verbessert werden.

Um weitere Investitionen auszulösen, bedarf es eines unbürokratischen Investitionsanreizenden Rechtsrahmens. Regulatorische Pflichten sollten, sofern nötig, vereinheitlicht und vereinfacht werden:

PV-Pflicht sollte nicht den Bestand umfassen und bundeseinheitlich ausgestaltet werden

Eine PV Pflicht für den Bestand würde die notwendigen Investitionen in den Innenstädten in die falsche Richtung lenken. Insbesondere bestehen die Herausforderungen beim Aufbau von PV-Anlagen auf Bestandsgebäuden. Eine Verpflichtung für den Bestand würde mit erheblichen Mehrkosten verbunden sein. Wir gehen derzeit von lediglich 10 bis 15 Prozent Bestandsgebäuden aus, die statisch in der Lage sind eine PV-Aufdachanlage zu tragen. Zusätzliche statische Änderungen sind mit erheblichen Zusatzinvestitionen verbunden. Daher sollte eine Bundes-PV-Pflicht den Bestand nicht adressieren, eine Vereinheitlichung der Anforderungen mit den Landespflichten erreichen und die Förderung für PV-Aufdachanlagen neu Ausgestalten sowie den Schwellenwert der Abschreibungspflicht auf mindestens 1 MW setzen.



Mieter-Vermieter-Dilemma auflösen

Sinnvolle Investitionen werden häufig aufgrund des Mieter-Vermieter-Dilemmas nicht getätigt, da häufig der Return of Invest nicht beim Investor liegt. Bei der Installation von PV-Anlagen auf dem Dach und Ladeinfrastruktur sowie der Durchführung von Energieeffizienzmaßnahmen durch Mieter, leiden viele Projekte an dem typischen Mieter-Vermieter-Dilemma. Es bedarf dringend eine Lösung dieses Problems.

Abschaffung EEG-Umlage zur Reduktion der Stromkosten

Investitionen werden durch die Energiekostenexplosion verhindert. Denn diese trifft den Handel dreifach: Produkte werden teurer, die eigenen Energiekosten verdoppeln sich und gleichfalls sinkt die Kaufkraft der Konsumenten. Daher sollte die EEG-Umlage so schnell wie möglich abgeschafft und das Strommarktdesign neu aufgesetzt werden, um die Kostenschwankungen zu reduzieren, Stichwort Merit-Order, und Investitionen in PV-Anlagen abzusichern.

Anreize für Energieeffizienz und Ausweitung der Klimaschutzoffensive des Handels zur Unterstützung des stationären Handels

Letztlich sollten Investitionsanreize zur Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen und in die Kommunikation darüber gesetzt werden. Der HDE hat hierzu die Klimaschutzoffensive des Handels gegründet, ein von der Nationalen Klimaschutzinitiative gefördertes Projekt, um Händlern zu zeigen, wie sie klimaneutral werden können. Durch die Erarbeitung von konkreten CO₂-Reduktionsfahrplänen, Übersichten zu Maßnahmen, Leitfäden und Veranstaltungen werden die Händler auf CO₂-Reduktionsmöglichkeiten hingewiesen und bei der Umsetzung der Maßnahmen unterstützt. Die Aufklärung des Handels über Fördermöglichkeiten und technische Ansätze ist ein wesentlicher Baustein, dass der Handel 2045 insgesamt klimaneutral werden kann. Gleichfalls hilft sie den Händlern sich zukunftssicher aufzustellen. Eine Ausweitung und Verlängerung der Kampagne sehen wir daher neben den Anreizen für mehr Energieeffizienz als wesentlich an, um zu unterstützen, dass Investitionen in die richtigen Bahnen gelenkt werden.

Darüber hinaus sollten verlässliche und realistische Ziele für die CO₂-Einsparung und einfachere Regelungen für die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien und beim Betrieb von Elektroladesäulen Grundlage der politischen Entscheidungen sein.

Die vom HDE geführte *Klimaschutzoffensive des Handels* unterstützt die Handelsbetriebe weiterhin darin, Einsparpotenziale im eigenen Betrieb zu heben, Energiekosten zu senken und damit klimaschädliche Emissionen zu vermeiden.



[hde-klimaschutzoffensive.de](https://www.hde-klimaschutzoffensive.de)

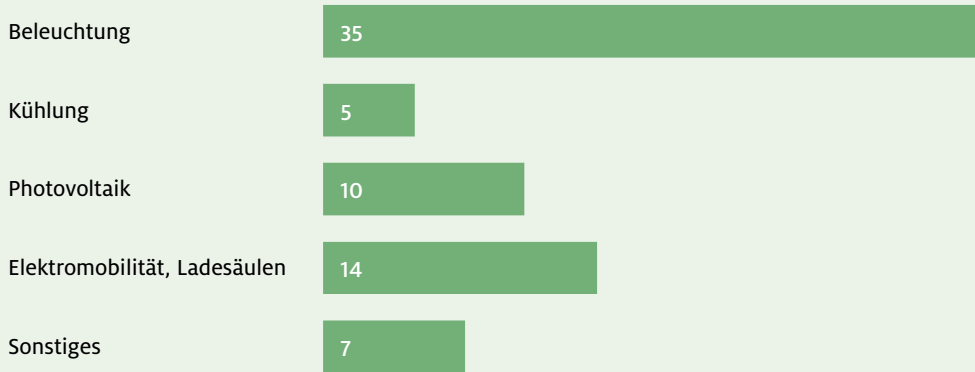


Investitionen in Klimaschutz

53 Prozent investieren in Klimaschutz

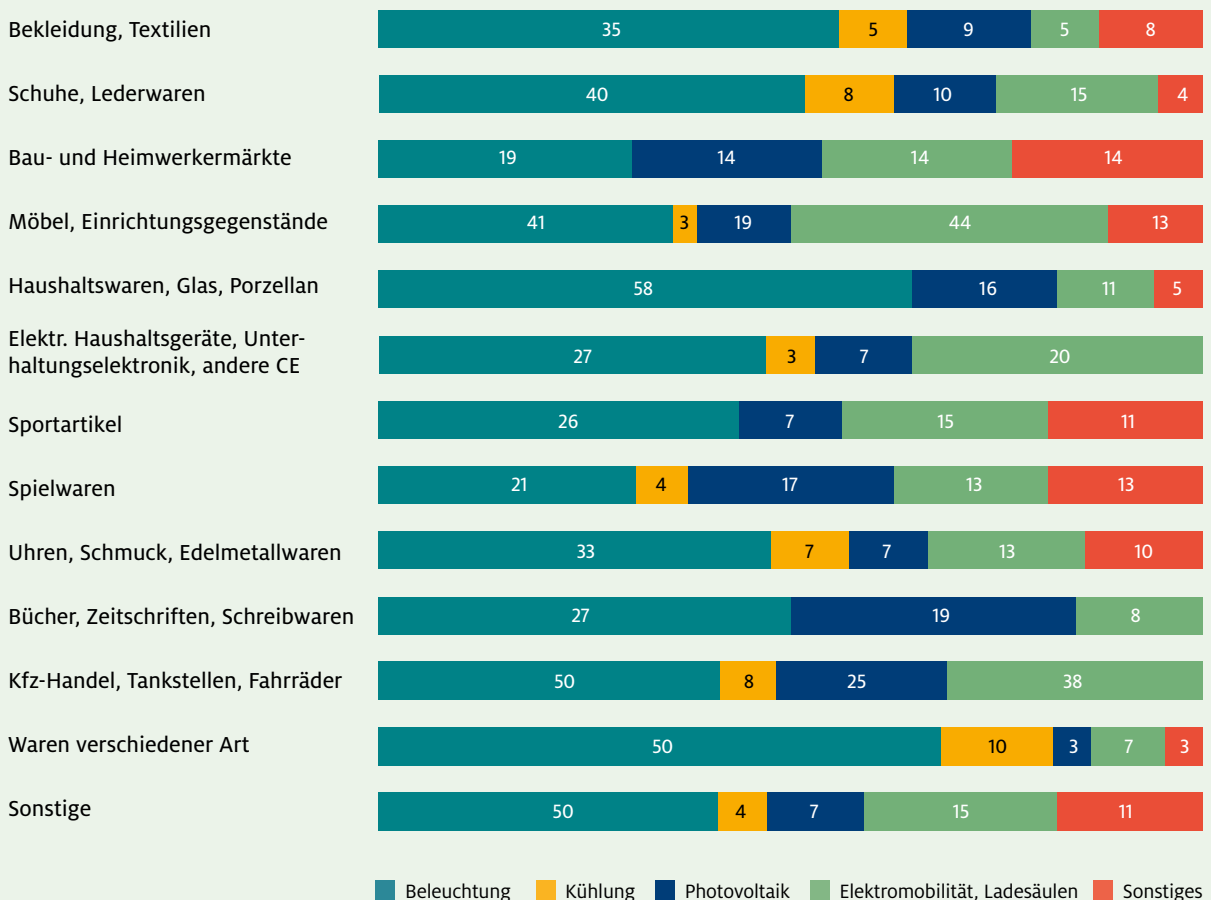
In welchen Bereichen planen Sie in diesem Jahr Investitionen, die zum Klimaschutz beitragen können?

Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



Investitionen in Klimaschutz nach Branchen

Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



Investitionen in Innenstädte

Sonderprogramm Innenstadtentwicklung

Ein Sonderprogramm Innenstadtentwicklung mit jährlich mindestens 500 Millionen Euro für eine Laufzeit von fünf Jahren. Das Programm wird gemeinschaftliche innovative Konzepte und kleinteilige Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung und Modernisierung bestehender und neuer Ladengeschäfte, Gastronomie-, Kultur-, Bildungs-, Freizeit- und Sozialeinrichtungen fördern. Ebenso sollten gezielte Beratungsangebote für innerstädtische Gewerbetreibende sowie digitale Innenstadtplattformen Teil der Förderung sein.

Sonder-AfA-Innenstadt

Aufgrund des erhöhten Investitionsbedarfs in unsere Stadtkerne sollte die Bundesregierung die räumliche Erweiterung des Bezugsraumes bei Sonderabschreibungen gemäß Einkommenssteuergesetz auf das jeweilige Gebiet der gesamten Innenstadt beschließen. Diese Sonder-AfA-Innenstadt ist aufgrund des derzeit besonders hohen Investitionsbedarfs infolge des notwendigen Stadtumbaus auf zunächst fünf Jahre zu befristen. Danach sollte die Wirkung des Programms evaluiert werden.

Der bisherige Bezugsraum des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes oder städtebaulichen Entwicklungsbereiches greift zu kurz und wird den aktuellen Problemlagen in vielen Innenstädte nicht gerecht. Infolge dieser Absetzung für Abnutzung (AfA) in Innenstädten wird ein wichtiges Förderinstrument geschaffen, welches einen zusätzlichen Anreiz für notwendigen Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen für unsere Innenstädte schafft, ohne direkte staatliche Förderung (Zuschuss) für den Eigentümer.

Hierdurch werden die Selbstheilungskräfte der Innenstädte gestärkt und zusätzliche private Investitionen angeregt. Die Sonder-AfA-Innenstadt für Gebäude erfolgt dabei wie bisher über einen Zeitraum von zwölf Jahren. In den ersten acht Jahren werden neun Prozent der Herstellungskosten und in den darauf folgenden vier Jahren sieben Prozent abgesetzt (insgesamt somit 100 Prozent).



Gründung Bundesstiftung Allianz für Innenstädte e. V.

Die fragmentierte Zuständigkeit der Bundesressorts in Fragen der Innenstadtentwicklung führt zu Doppelarbeit und Synergieverlusten durch mangelnde Abstimmung. Daher müssen in Anbetracht der historischen Herausforderungen die Kompetenzen in diesem Bereich im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) gebündelt werden.

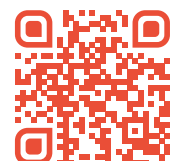
Flankierend hierzu bedarf es der Gründung einer „Bundesstiftung Allianz für Innenstädte e. V.“ unter Federführung des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB), organisiert als Verein, der über ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen verfügt und eine langfristige, über einzelne Legislaturperioden hinausgehende Beschäftigung mit dem Thema Innenstadtentwicklung gewährleistet.

Angesichts der engen Verflechtung von Stadtentwicklung und Wirtschaft ist es unerlässlich, dass die für die Bereiche Stadtentwicklung und Kommunen (BMWSB) sowie Wirtschaft (BMWK) zuständigen Bundesministerien ebenso wie die kommunalen Spitzenverbände und der HDE gleichermaßen und federführend in die Organisationsstruktur eingebunden werden.

Städtebauförderung verstetigen und erhöhen

Innenstädte sind Identifikations- und Versorgungskerne der jeweiligen Städte, deren hohes Maß an Urbanität in ganz Deutschland zu erhalten ist. Daher sind Städtebauförderung dauerhaft abzusichern und zu erhöhen. Hierzu müssen auch Wege beschritten werden, finanzschwachen Kommunen eine Möglichkeit zu geben, die notwendigen Eigenanteile nicht im komplettem Umfang beisteuern zu müssen. Es gilt die Fördermaßnahmen im Bereich des Städtebaus rasch zu flexibilisieren und zu entbürokratisieren. Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung formuliert bereits die richtigen Ziele, deren Umsetzung prioritär zu erfolgen hat. Dabei sind die bestehenden Stadtmittel von 790 Millionen Euro auf 1,6 Milliarden Euro zu verdoppeln.

Zudem ist ein „Innenstadtinnovationsprogramm“ des Bundes aufzulegen, mit dem in ausgewählten Städten besonders innovative und kreative Handlungsansätze als Vorreiter und modellhafte Beispiele durch den Bund gefördert werden und zu denen ein umfassender Erfahrungsaustausch, Wissenstransfer und eine wissenschaftliche Begleitung organisiert werden. Diese Projekte sollten in der vom Handelsverband Deutschland sowie den kommunalen Spitzenverbänden erstellen Best-Practice-Datenpool <https://unsere-stadtimpulse.de> aufgeführt und der Öffentlichkeit zum Nachahmen präsentiert werden.



Investitionen in Bildung & Personal

Der Einzelhandel ist nicht nur ein sehr großer Arbeitgeber, sondern auch engagierter Ausbilder. Die Berufliche Bildung hat im Einzelhandel eine besonders hohe Priorität, denn die beiden Kernberufe des Einzelhandels – Kaufleute im Einzelhandel und Verkäufer – gehören zu den Spitzenreitern unter den 325 dualen Ausbildungsberufen. Alleine in diesen beiden Berufen werden deutschlandweit jährlich rund zehn Prozent aller Ausbildungsverträge geschlossen. Darüber hinaus bieten die Handelsunternehmen über 60 weitere Ausbildungsberufe sowie duale Studiengänge und kombinierte, dreijährige Abiturientenprogramme mit Aus- und Fortbildung an. Karriere mit Lehre ist die Regel: Über 80 Prozent der Führungskräfte haben ihren Werdegang mit einer Ausbildung begonnen.

Die Corona-Pandemie stellt die Handelsunternehmen vor enorme Herausforderungen. Trotzdem ist die Ausbildungsbereitschaft der Handelsunternehmen ungebrochen. Die Fachkräftesicherung fest im Blick bieten sie jungen Menschen ein stabiles bis aufwachsendes Ausbildungsplatzangebot. Jedoch erschweren fehlende oder eingeschränkte Berufsorientierungsmöglichkeiten sowie der allgemein zu beobachtende Rückgang von Bewerbern die Stellenbesetzung. So konnten viele Ausbildungsstellen gar nicht oder erst im sog. Nachvermittlungszeitraum besetzt werden.

Um den Wirtschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu sichern, müssen deshalb die Themen „Berufliche Bildung“ und „Fachkräftesicherung“ deutlicher in den Fokus gerückt werden. Die Unternehmen müssen eine besondere Unterstützung erfahren, um für die Zukunft gut aufgestellt zu sein.

Stärkung der Beruflichen Bildung

Die Berufliche Bildung muss hervorgehoben und deutlich gestärkt werden. Beispielsweise mit

- einer Exzellenzinitiative für die Berufliche Bildung,
- einem Pakt zur Stärkung und Modernisierung der Berufsschulen,
- der Verbesserung des Mittelabruhs und die Fortsetzung des Digitalpakts Schule,
- Ausbau von (digitalen) Berufsorientierungsangeboten,
- Unterstützung bei Schulungsangeboten für betriebliches Aus- und Weiterbildungspersonal.

Digitale Ausstattung von Schulen

Aus Sicht des HDE sind digitale Ausstattung von Schulen, digital gestütztes Unterrichten und die Vermittlung digitaler Kompetenzen essenziell für das Lernen im 21. Jahrhundert. Der Handel ist auf eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik angewiesen, um die Herausforderungen aber auch Chancen und Potenziale der Digitalisierung, die für einen umfassenden Transformationsprozess steht, meistern zu können.



Investitionen in Fachkräfte

Topthema Qualifizierung

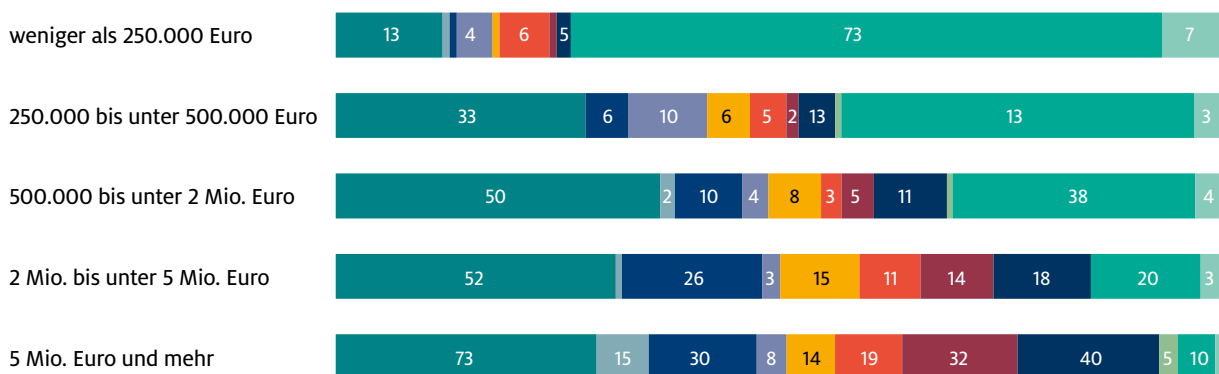
In welchen Bereichen planen Sie in diesem Jahr Investitionen, um Ihren Fachkräftebedarf decken zu können?

Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



Investitionen in Fachkräfte nach Umsatzklassen

Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



Ansprechpartner



OLAF ROIK
Wirtschaftspolitik
roik@hde.de



LARS REIMANN
Klimaschutz
reimann@hde.de



RALPH BRÜGELMANN
Steuern
bruegelmann@hde.de



MICHAEL REINK
Innenstadt
reink@hde.de



DARA KOSSOK-SPIESS
Digitalisierung
kossok-spiess@hde.de



KATHARINA WEINERT
Bildung
weinert@hde.de

Zahlen und Fakten zum Einzelhandel

Handelsszenario 2022	https://einzelhandel.de/handelsszenario
Online-Monitor	https://einzelhandel.de/online-monitor
Zahlenspiegel	https://einzelhandel.de/zahlenspiegel
Konsummonitor	https://einzelhandel.de/konsummonitor
Konsumbarometer	https://einzelhandel.de/konsumbarometer
Standortmonitor	https://einzelhandel.de/standort-monitor
Handelsreport Lebensmittel	https://einzelhandel.de/handelsreport-lebensmittel
Handelsreport Frische	https://einzelhandel.de/handelsreport-frische
Konsummonitor Nachhaltigkeit	https://einzelhandel.de/nachhaltigkeit-monitor

Internetseiten

Handelsverband Deutschland e. V. – HDE	https://einzelhandel.de
Klimaschutzoffensive des Handels	https://hde-klimaschutzoffensive.de
Handel 4.0	https://handel4punkt0.de
Zeit zum Handeln	https://zeitzumhandeln.hde.de
Mittelstand 4.0 – Kompetenzzentrum Handel	https://kompetenzzentrumhandel.de
Stadtimpulse	https://unsere-stadtimpulse.de
Zentralstelle für Berufsbildung im Einzelhandel	https://zbb.de

**ZEIT ZUM
HANDELN!**

zeitzumhandeln.hde.de

Handelsverband Deutschland - HDE e. V.
Am Weidendamm 1 A
10117 Berlin
Telefon +49 30 72 62 50 0
hde@einzelhandel.de